

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/02/2026

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 10.03.2026,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Marie-Luise Bernhardt

Stadtverordnete/r

Frau Ursula Ebert
Frau Sophie von Hülsen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Hartmut Bade
Herr Dr. Thomas Denekas
Frau Magdalena Hansen
Herr Dieter Heidenreich

i. V. f. Frau Jensen-Buchholz

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Andrea Krieger
Jules Niehus
Frau Emma Bley

Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Verwaltung

Herr Stephan Lentz
Frau Tanja Eicher
Herr Robert Wendel
Frau Sjarai de Vries
Herr Stefan Naeve

FBL II
FBL III
FDL III.2/Protokollführer
FD IV.4
FD IV.4

Gäste

Frau Kristin Rohde
Frau Lucie Engert

Leitung Elbkinder Kita Heimgarten
Journalistin der SHZ

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Frau Inga Jensen-Buchholz

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2026 vom 13.01.2026
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Bericht über die Aufnahmequote Geflüchteter
 - 7.2.2. Umsetzung Bezahlkarte für geflüchtete Menschen in Ahrensburg
 - 7.2.3. Bericht zu Auslastungsquoten in Kita-Gruppen
 - 7.2.4. Bericht zum Wasserschaden in der Kita Heimgarten
 - 7.2.5. Verwendungsnachweis Städtebauförderungsmittel Bruno-Bröker-Haus
 - 7.2.6. Jugend im Rathaus
 - 7.2.7. Besuch Villa Kunterbunt
8. Sanierung Villa Kunterbunt - Einzelantrag Städtebauförderung gem. StBauFR SH 2026, B.2.2.5 **2026/008**
9. Anpassung der Pauschale Qualitätsmanagement und Fachberatung in den Finanzierungsvereinbarungen für Kitas **2026/012**
10. Rückwirkende Anpassung der Gruppenstruktur der städtischen Kita Schäferweg **2026/014**
11. Vollversammlung Kinder- und Jugendbeirat

- 12. Anfragen, Anregungen, Hinweise
- 12.1. Landesprogramm Perspektiv-Kita
- 12.2. Haushaltsplanung 2027 im Bereich Kita
- 12.3. Aufstellung des Mammobils 2026

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Bernhardt begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Vertretungen der abwesenden Ausschussmitglieder und eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Ergänzung der Tagesordnung um einen Punkt im nicht öffentlichen Teil und begründet dies entsprechend.

Die Tagesordnung wird um einen nicht öffentlichen Teil ergänzt.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgesetzt.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2026 vom 13.01.2026

Anmerkung der Verwaltung:

In der Einladung zum Sozialausschuss vom 23.02.2026 wurde als Tagesordnungspunkt Nr. 5 „Einwände zur Niederschrift Nr. 11/2025 vom 09.12.2025“ aufgeführt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde angepasst, da Einwände zur Niederschrift Nr. 01/2026 vom 13.01.2026 behandelt wurden.

Es gibt keine Einwände zur Niederschrift Nr. 01/2026 vom 13.01.2026.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es werden keine Nachfragen gestellt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

Es gibt keine Berichte nach § 45 c GO.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Bericht über die Aufnahmequote Geflüchteter

Bei der Zuweisungsquote Februar 2026 für Asyl/ausländischen Flüchtlingen liegen wir unter Berücksichtigung des Vorjahresergebnisses bei + 2.

Bei der Zuweisungsquote Ukrainischer Flüchtlinge liegen wir per Februar 2026 unter Berücksichtigung des Vorjahresergebnisses bei ./ 17.

Per 24.03.2026 sind in Ahrensburg 30 Personen in 2026 als Flüchtlingszuweisungen zugeteilt und untergebracht worden.

Gleichzeitig werden wir bis Ende des Monats März 14 Obdachlosenunterbringungen in den Unterkünften haben.

7.2.2. Umsetzung Bezahlkarte für geflüchtete Menschen in Ahrensburg

Historie

Über die Entwicklung im Rahmen der Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Menschen im Asylverfahren wurde dem Sozialausschuss fortlaufend seit Juli 2024 berichtet. Der Zeitplan zur Einführung der Bezahlkarte wurde seitens des Landes wiederholt angepasst. Über eine Einführung im 1. Quartal 2025, auf den 30.04.2025, zum letztendlich 31.12.2025. Als Grund für die wiederholten späteren Umsetzungsstermine wurde durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein mitgeteilt, dass eine Anpassung des Zeitkorridors zur Einführung der Bezahlkarte aufgrund anhaltender, erheblicher technischer Probleme erforderlich ist; problematisch sei insbesondere die Lastschrift-Funktion und Überweisungen.

Die erhaltenen Informationen von Land und Kreis ließen einen erheblichen Beratungsbedarf und, aufgrund der vielfach bestehenden Sprachbarrieren beim Empfängerkreis der Bezahlkarte, auch einen erheblichen zeitlichen Mehrbedarf erwarten.

Zumindest für die erhebliche Mehrbelastung der Einführung und dem damit verbundenen Bedarf an Sprachmittlern konnte mit dem Diakonischen Werk des ev.-luth. Kirchenkreises Plön-Segeberg kurzfristig eine Unterstützung für die Umsetzung in Ahrensburg gewonnen werden.

Der Kreis Stormarn gab vor, dass die Umstellung bis zum 31.12.2025 verbindlich abgeschlossen sein sollte und die Zahlungen für Januar 2026 ausschließlich auf die Bezahlkarte zu erfolgen hatte.

Das Land teilte im August 2025 mit, dass im Zeitraum August und September eine Testphase zur Nutzbarkeit der Bezahlkarte mit dem Kreis Dithmarschen durchgeführt wird. Nach Auswertung des Testergebnisses wird mit einer Veröffentlichung des Ausführungserlasses zur Bezahlkarte im Herbst 2025 zu rechnen sein. Für die Testphase wurde die Überweisungs- und Lastschriftfunktion durch den Anbieter freigeschaltet. Der Kreis Stormarn hat mit dem Land abgestimmt, dass auch dieser die Funktionen testen darf und stellte den Kommunen frei, mit der Umstellung der Bestandsfälle auch ohne Ausführungserlass zu beginnen. Ahrensburg hat daraufhin mit seinen Bestandsfällen ebenfalls begonnen, die Bezahlkarten einzurichten und auszuhändigen. Die Nutzbarkeit ist für Ahrensburger Flüchtlinge auch für die Stadt Hamburg freigegeben.

In der Novembersitzung konnte die Verwaltung berichten, dass knapp 80 % der Fälle mit dem Dezember-Zahllauf mit Bezahlkarten ausgestattet sein werden. Die vorgesehene Auszahlung der Asyilleistungen an alle bestehenden Fälle zum 01.01.2026 ist in Ahrensburg erfolgt.

Nach wie vor ist die Abwicklung arbeitsintensiv und es erfolgen viel Vorsprachen bei Ausgabe und Erklärung; aufgrund technischer Probleme ist die Nutzung leider nicht immer verlässlich und die Nutzer haben auch nach der Ausgabe entsprechenden Beratungsbedarf.

Beispiele:

- Probleme bei Registrierung oder Login aufgrund Überlastung des Servers
- Schwierigkeiten mit bestimmten Dienstleistern, u. a. Deutsche Bahn/Deutschlandticket sowie einigen Mobilfunkanbietern (keine Abbuchung von der Bezahlkarte möglich; fehlender Eintrag in sog. White-List des Landes)
- Viele Rückfragen zur Nutzung im Alltag (z. B. Abbuchungen, Bargeldverfügbarkeit)
- Akzeptanzprobleme bei einzelnen Anbietern
- App funktioniert nicht mit allen Handys (iOS Betriebssystem funktioniert gut, bei anderen Betriebssysteme gibt es Probleme)
- zusätzlicher Arbeitsaufwand bei Aushändigung

Als besonders gravierendes Problem wurde gegenüber dem Kreis Stormarn von mehreren Kommunen übermittelt, dass den Karteninhabern sog. Strafgebühren von jeweils 8 € als Belastung auf der Karte abgebogen werden, wenn aus unterschiedlichsten Gründen Lastschriften nicht durchgeführt werden können. Dem Kreis Stormarn waren diese Probleme neu und er hat entsprechend mit dem Land Kontakt aufgenommen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass eine solche zusätzliche Belastung aus Sicht des Sozialträgers nicht hinnehmbar sei, da die Leistungen das Existenzminimum darstellen, einer Vielzahl der Nutzer der Bezahlkarte Online-Banking nicht bekannt sei, zwar eine große Beratungs- und Unterstützungsarbeit durch die Kommunen erfolge, aber eine fehlerhafte Bedienung auch nicht ausgeschlossen werden kann.

Das Land wurde um Klärung gebeten, ob die „Strafgebühren“ gestrichen werden könnten und wie mit den betroffenen Fällen umgegangen werden soll.

Das Land teilte zwischenzeitlich mit, das Gebühren bei Rücklastschriften üblich und dass der Betrag bereits von ursprünglich 25 € auf 8 € reduziert wurde. Die Kosten sind im Rahmen der Nutzungsvereinbarung zwischen Land und Dienstleister von den Betroffenen zu tragen. Das Land würde aber im Einzelfall prüfen und nachforschen, ob eine Abhilfe erfolgen kann. Diese Fälle werden dem Land nunmehr bei Kenntnis gemeldet; das Verfahren hat gerade begonnen.

7.2.3. Bericht zu Auslastungsquoten in Kita-Gruppen

Die Verwaltung berichtet, dass der Kreis Stormarn derzeit eine Richtlinie zur Gruppenauslastung in Randzeitengruppen und in Hauptgruppen ausarbeitet. Hintergrund ist die sinkende Kinderanzahl im Kreis Stormarn. Der Kreis als örtlicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe möchte über die Richtlinie steuernd in das Angebot im Kita-Segment eingreifen und bei Bedarf Randzeitengruppen, die eine Auslastung von 80 % und Stammgruppen mit weniger als 70 % Auslastung schließen. Darüber hinaus setzt der Kreis eine Auslastungsquote für neu eingerichtete Gruppen von 75 % voraus, unter der Berücksichtigung einer Anlaufphase von drei Monaten. Die Verwaltung sucht hier den engen Austausch mit den Trägern und den Kreis, um negative Auswirkungen auf das Platzangebot in Ahrensburg zu vermeiden.

7.2.4. Bericht zum Wasserschaden in der Kita Heimgarten

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand der Sanierungsarbeiten in der Kita Heimgarten im Zusammenhang mit dem Wasserschaden, der sich im Juli 2025 ereignete. Nachdem die von der Versicherung beauftragten Unternehmen zum Jahresende 2025 Insolvenz angemeldet hatten, musste zunächst ein neues Bauunternehmen beauftragt werden, um die Arbeiten in der Kita fortsetzen zu können. Nachdem dieser im Februar 2026 gefunden wurde, erwartet die Verwaltung kurzfristig bis zum 16.03.2026 einen aktualisierten Bauzeitenplan. Derzeit geht die Verwaltung davon aus, dass die Fertigstellung und die Rückführung der ausgelagerten Kita nach den Sommerferien 2026 erfolgen kann. Die Verwaltung hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Träger hervor, die durchgängig stattgefunden hat.

Die CDU erfragt, ob bestimmte Gründe zugrunde liegen, da dies bereits der dritte Wasserschaden in der Einrichtung sei. Die Verwaltung teilt mit, dass es keine Besonderheiten in der Kita gibt, die zu den Wasserschäden geführt haben. Zudem verweist die Verwaltung darauf, dass der große Vorteil darin bestand, dass von Seiten der Verwaltung in kurzer Zeit Ausweichquartiere für die Kita gefunden worden sind. Dadurch war es möglich, die Betreuung ohne Unterbrechung aufrechtzuerhalten.

7.2.5. Verwendungsnachweis Städtebauförderungsmittel Bruno-Bröker-Haus

Die Sanierung des Bruno-Bröker-Hauses ist abgeschlossen. Der Verwendungsnachweis der Stadt wurde vom Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport geprüft.

Es wurden Städtebauförderungsmittel aus dem Sonderprogramm Investitionspakt Soziale Integration im Quartier 2018 in Höhe von 3.530.185,48 € eingesetzt. Die Summe setzt sich zusammen aus Finanzhilfen des Bundes, aus Zuwendungen des Landes und Eigenmitteln der Stadt von 10 % in Höhe von 353.018,55 €.

Es gibt eine Zweckbindungsfrist von 25 Jahren ab Fertigstellung am 01.10.2024. Die Zweckbindung endet am 30.09.2049 und umfasst u. a. die öffentliche Nutzung als Jugendzentrum.

7.2.6. Jugend im Rathaus

Jugend im Rathaus findet dieses Jahr vom 18. - 21. Mai statt. Der KiJuB und die städtische Jugendpflege freuen sich auf die zahlreiche Unterstützung von Seiten der Stadtverordneten und Bürgerlichen Mitglieder.

7.2.7. Besuch Villa Kunterbunt

Die Verwaltung lädt die Ausschussmitglieder zu einem Besuch der Villa Kunterbunt am 12.05.2026 um 18:30 Uhr ein.

8. Sanierung Villa Kunterbunt - Einzelantrag Städtebauförderung gem. StBauFR SH 2026, B.2.2.5

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Zustand des Gebäudes der Villa Kunterbunt. Aufgrund von Änderungen des Denkmalschutzes kam es bei den Planungen zu Verzögerungen, da eine engere Abstimmung mit dem Denkmalschutzamt auf Grund sehr komplexer Auflagen notwendig war.

Die FDP fragt, ob es für die Nutzer*innen günstigere oder geeignete Gebäude gäbe?

Die Verwaltung antwortet, dass das Gebäude von den Nutzergruppen sehr geschätzt wird. Sie berichtet zudem, dass im Besonderen die Barrierefreiheit konzeptionell und baulich umgesetzt werden sollen.

Die CDU erfragt die Planungen für die Übergangszeit bis zur vollständigen Sanierung der Villa Kunterbunt, insbesondere für die Angebote der Lebenshilfe?

Die Verwaltung weist daraufhin, dass im Bestand gebaut wird. Eine Entkernung, bei der das Gebäude nicht mehr genutzt werden kann, ist nicht angedacht, da im Bestand gebaut wird. Dies soll in enger Abstimmung mit den Nutzergruppen im laufenden Betrieb stattfinden.

Der Kinder- und Jugendbeirat entgegnet auf die Frage der FDP, dass die Nutzergruppen gern in dem Gebäude sind und betont, dass die Nutzergruppen keine anderen Gebäude nutzen wollen.

Die Verwaltung ergänzt, dass keine anderen städtischen Liegenschaften zur Verfügung stehen.

Frau Eicher weist daraufhin, dass die Vorlage zur Freigabe der Einzelantragstellung abzielt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gebracht:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Anpassung der Pauschale Qualitätsmanagement und Fachberatung in den Finanzierungsvereinbarungen für Kitas

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor unter Verweis, dass diese auf Grund der gesetzlichen Änderungen im Rahmen des Änderungsgesetzes vom 30.07.2025 eingebracht wird. Die Zusage an die Träger, die Mittel für Qualitätsmanagement und Fachberatung in der gesetzlichen Höhe weiterzureichen, soll hierbei finanziell an die gesetzlichen Beträge angeglichen werden.

Die SPD erfragt, ob sich die Einnahmen der Stadt ebenfalls erhöhen würden. Die Verwaltung erwidert, dass sich die Einnahmen durch die Anhebung der gesetzlichen Zuschläge ebenfalls erhöhen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gebracht:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Rückwirkende Anpassung der Gruppenstruktur der städtischen Kita Schäferweg

Die Ausschussmitglieder diskutieren die Vorlage. Die CDU erfragt, warum die Umstände im Kontext der fehlenden Betriebserlaubnis nicht bereits vorher mitgeteilt wurden. Die Verwaltung kann dies nicht vollständig rekonstruieren, da die handelnden Personen nicht mehr für die Stadt tätig sind. Zudem sind Fehler auf Seiten des Kreises passiert, die zur Aufnahme in den Bedarfsplan geführt haben. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde zwar eine Änderung der Betriebserlaubnis angestrebt, diese wurde jedoch von Seiten der Heimaufsicht nicht ausgestellt, da zur Erfüllung der räumlichen Voraussetzungen nach § 45 Abs. 2 Ziff. 2 SGB VIII ein eigener Gruppenraum pro Gruppe zur Verfügung stehen müsse. Dies wurde dem Kreis gegenüber kommuniziert, die dennoch eine Aufnahme der Gruppen in den Bedarfsplan positiv beschieden hat.

CDU fragt, inwiefern auch die Gelder bei Ganztagsgruppen eventuell zurückgezahlt werden, wenn Kinder mit kürzeren Betreuungszeiten betreut werden?

Die Verwaltung erwidert, dass der Kreis die Zusage gegeben hat, dass die Belegung nach dem bisherigen Modell im Rahmen der fachlichen Argumente, die Seitens der Stadtverwaltung vorgebracht wurden, zulässig ist.

Die FDP erfragt die Konsequenzen, sollte der Vorlage nicht zugestimmt werden.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Kreis den Bescheid über die Kleingruppen voraussichtlich rückwirkend aufheben würde und die Gruppenstruktur in den Zustand vor dem 01.08.2024 überführen würde. In der Folge ist anzunehmen, dass es im Rahmen eines Widerspruches seitens der Stadtverwaltung zu einer rechtstreitigen Auseinandersetzung kommen könnte, da die Verwaltung die fachlichen Belange für übergeordnet gegenüber den Steuerungsinteressen des Kreises erachtet. Dieses Vorgehen wird seitens der Verwaltung nicht empfohlen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gebracht:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

In der Vorlage ist der Berichtstatter fälschlicherweise nicht aufgeführt. Die Berichterstattung erfolgt durch die Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Marie-Luise Bernhardt.

11. Vollversammlung Kinder- und Jugendbeirat

Der Kinder- und Jugendbeirat berichtet, dass dessen Vollversammlung am 23.04.2026 um 19:00 Uhr mit Beginn der Tagesordnung um 19:30 Uhr in der Denkmalturnhalle der Stormarnschule stattfinden wird.

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1. Landesprogramm Perspektiv-Kita

Die SPD fragt an, ob die Verwaltung das Landesprogramm Perspektiv-Kita umsetzen will. Die Verwaltung teilt mit, dass in Ahrensburg die Ev. Kita Schulstraße des Trägers Kirchenkreis Hamburg-Ost als Perspektiv-Kita ausgewählt wurde. Das Programm umfasst derzeit 50 Kitas in Schleswig-Holstein. Das Land möchte das Programm ausweiten und hat einen Vorschlag zur Änderung des KiTaG erarbeitet.

12.2. Haushaltsplanung 2027 im Bereich Kita

Die CDU wünscht, dass für die Haushaltsplanung 2027 für den Bereich Kindertageseinrichtungen Ausführungen nach SQKM-Leistungen und freiwilligen Leistungen je Kita aufgeführt werden. Die Verwaltung erwidert, dass sie dies intern prüfen kann und gibt datenschutzrelevante Hürden zu bedenken, da die freien Träger einen Anspruch zu Wahrung des Geschäftsgeheimnisses haben.

12.3. Aufstellung des Mammobils 2026

Die SPD erfragt, ob es richtig sei, dass dem Mammobil in 2026 kein Standort in Ahrensburg angeboten wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei der Reaktion auf die Anfrage war es leider aufgrund von Abstimmungsproblemen zu erheblichen Verzögerungen gekommen. Das Mammobil stand in der Vergangenheit in der Großen Straße. Da der Standort für 2026 für insgesamt drei Monate über die Zeit des Stadtfestes hinweg angefragt worden war, ist dieser in diesem Jahr nicht geeignet. Der Rathausplatz kann aufgrund seiner regulären Nutzung nicht für die Aufstellung des Mammobils genutzt werden. Die Stadt hat kurzfristig einen Standort hinter dem Rathaus (ehemalige Baustelleneinrichtungsfläche) angeboten, dieser kam für den Anbieter des Mammographie-Screenings nicht infrage.

gez. Marie-Luise Bernhardt
Vorsitzende

gez. Robert Wendel
Protokollführer